

German U15

Fragen an Universitätspräsident Prof. Werner Müller-Esterl zum Zusammenschluss von 15 großen Volluniversitäten

Wer verbirgt sich hinter „U15“? Die 15 Universitäten sind klassische „universitas“, an denen zentrale Ideale Humboldts noch gelten, nämlich: Wissenschaft in der Vielfalt der Disziplinen, Wissenschaft als offener Erkenntnisprozess sowie die Einheit von Forschung und Lehre. An den U15 findet international sichtbare Spitzenforschung statt. Wir haben uns bundesweit zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, weil gerade diese 15 Universitäten in den vergangenen Jahren viele, teils widersprüchliche Aufgaben schultern mussten, angefangen bei der einer stärkeren Profilbildung bis hin zur Bologna-Reform. Insbesondere hat sich die Studierfähigenquote drastisch erhöht, während öffentliche Mittel stagnierten. Mehr als alle

anderen Hochschulen befinden sich diese 15 Universitäten somit in einem Spagat zwischen den Forderungen nach international wettbewerbsfähiger höchster Qualität in Forschung und Lehre und gleichzeitig nach größter Quantität hinsichtlich der Bewältigung steigender Studierendenzahlen. Das kann in der Form so nicht weitergehen. Wir, die U15, aber auch die Politik müssen hier dringend Lösungen finden, die praktikabel sind.

Welche Hochschulen sind beteiligt?

Zu den 15 forschungsstarken „universitas“ zählen neben Frankfurt die Universitäten Berlin (FU und HU), Göttingen, Heidelberg, Tübingen, Köln, Hamburg, Bonn, Würzburg, München (LMU), Mainz, Münster, Freiburg und Leipzig.

Was kann und will die Initiative bewirken?

Die U15 versteht sich als Gruppe Gleichgesinnter, die sich zu zentralen hochschulpolitischen Fragen klar positionieren will. Wichtige Themen sind gegenwärtig steigende Studierendenzahlen bei sinkender Grundfinanzierung, die Nachwuchsförderung, neue Formen der Zusammenarbeit mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen oder der Wiedereinstieg des Bundes in eine dauerhafte Finanzierung der Hochschulen. Die 15 Universitäten unterstützen den Vorstoß der Bundesregierung, dahingehend eine Änderung des Grundgesetzes Art.91b noch in dieser Legislaturperiode zu erreichen.

Die Föderalismusreform 2006 und 2009 hat zwar zur Klärung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern beigetragen, doch war sie, was die auskömmliche Hoch-

schulfinanzierung betrifft, ein Fehler. Wie sich gezeigt hat, tun sich die Länder wegen der gleichzeitig verabschiedeten Schuldenbremse immer schwerer, ihren finanziellen Pflichten gegenüber den Hochschulen nachzukommen.

Die Goethe-Uni ist mit den Präsidiien der vier weiteren hessischen Universitäten zur Konferenz Hessischer Universitätspräsidiien (KHU) bereits zusammengeschlossen. Warum ein Engagement in einer weiteren Initiative?

Die U15 ist ein bundesweiter Zusammenschluss, die KHU hingegen ein landesweites Bündnis. Das brauchen wir auch weiterhin, um dort gemeinsam für die Weiterentwicklung der Universitäten einzutreten, wie wir es etwa 2011 mit dem KHU-Appell zu einer besseren Grundfinanzierung getan haben.

Sehen Sie nicht die Gefahr, dass sich die Hochschullandschaft aufsplittet in einzelne Lobbygruppen und die Einheit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) verloren geht?

Nein, im Gegenteil; es war Wunsch der Politik, auch in Deutschland zu einer differenzierten Hochschullandschaft mit unterschiedlichen Angeboten zu kommen. Die Konsequenz ist nun: Es gibt nicht mehr die Hochschulen, sondern eine Vielzahl mit höchst unterschiedlichen Profilen. Bereits 2002 wurde deshalb die TU9 als Interessenvertretung der neun forschungsstarken Technischen Universitäten gegründet. Jetzt haben wir mit der U15 nachgezogen, um ebenfalls mehr Gehör zu finden. Wir wollen damit die Allianz der Wissenschaftsorganisationen nicht schwächen, sondern stärken, und bleiben selbstverständlich in der HRK. *Die Fragen stellte Christine Burtscheidt.*